

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutsch- und Osterr.-Ungarn 3. —. Erheimt. tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14. II. Tel. 3405. Extrahunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Erschließzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Pettzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berichtsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und müssen voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 93.

Dresden, Dienstag den 23. April 1912.

23. Jahrg.

## Parteigenossen!

Nur eine kurze Frist trennt uns noch vom 1. Mai, dem Weltfeiertag der Arbeit. Von den Vertretern des Klassenbewußten Proletariats aller Kulturstaaen wurde im Jahre 1889 zu Paris beschloffen, daß am 1. Mai jedes Jahres in allen Ländern, wo Klassenbewußte Arbeiter wohnen, die gleichen Arbeiterschuttforderungen erhoben und der Achtstundentag gefordert werden sollen. Von Jahr zu Jahr haben sich die Maidemonstrationen wichtiger gestaltet. Sie haben die Herrschenden aufgerüttelt und auf den Weg der Sozialreform gedrängt, die — so unzulänglich sie war — in den letzten Jahren fast völlig zum Stillstand gekommen ist. Ja, man hat den Arbeitern in der Arbeiterversicherung Rechte genommen, die sie jahrzehntelang besessen und zum Wohle der Versicherten ausgeübt haben. Die Witwen und Waisen der Arbeiter hat man verhöhnt durch den Bruch feierlich gegebener Versprechungen.

Die Forderung nach wirklicher Koalitionsfreiheit wurde beantwortet mit der Drohung weiterer Einschränkung bisheriger Rechte.

Immer ernster und nachdrücklicher müssen deshalb unsere Forderungen erhoben werden.

Die Bedeutung der Malfest ist im Laufe der Jahre immer größer geworden. Sie hat angeichts des immer ungestümer und gemeingefährlicher sich entwickelnden Imperialismus sich auch zu einer weltumspannenden Demonstration des Proletariats für den Weltfrieden gestaltet.

Einmütig, wie die Klassenbewußte Arbeiterschaft ihre Schuttforderungen aufstellt, erhebt sie am 1. Mai auch Protest gegen das Wettrüsten, das am Marie der Völker zehrt und den Frieden immer mehr bedroht.

Zu derselben Zeit, in der der Kampf der deutschen Bergarbeiter durch christlich-nationalen Verrat, durch Polizei, Gendarmrie und Soldaten erdrückt worden ist, arbeiteten die verbündeten Regierungen die Vorlagen aus, die vom Reichstag noch mehr Soldaten und Kriegsschiffe fordern.

Nicht allein, daß solche Forderungen das Volk von neuem belasten müssen — mehr bedeuten sie: sie veranlassen unsere Nachbarländer gleichfalls zu weiteren Rüstungen und steigern dadurch die Kriegsgefahr ins Ungemessene.

Deshalb muß gerade in diesem Jahre das deutsche Proletariat am 1. Mai besonders laut und eindrucksvoll seine Stimme erheben gegen den verbrecherischen Rüstungswahnsinn, es muß mit den Arbeitern aller anderen Länder einmütig demonstrieren für den Weltfrieden.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Am 12. Januar d. J. haben 4 1/2 Millionen über 25 Jahre alte Männer für die Sozialdemokratie ihre Stimme abgegeben. Millionen jüngerer Arbeiter und Millionen Arbeiterinnen, die nicht wahlberechtigt sind, haben nicht mitgezählt werden können — am 1. Mai können auch sie ihre Stimmen erheben.

Tut alle eure Pflicht! Die würdigste Form der Malfest ist die Arbeitsruhe. Wo die Möglichkeit derselben nicht gegeben ist, da müssen die Abendversammlungen besucht werden.

Sorgt dafür, daß es vielmillionsstimmig am 1. Mai den herrschenden Klassen in die Ohren gellt:

**Wir fordern den Achtstundentag!  
Wir fordern besseren Arbeiterschutz!  
Wir fordern uneingeschränktes Koalitionsrecht!  
Wir protestieren gegen das Wettrüsten!  
Nieder mit den neuen Militär- und Marine-Vorlagen!  
Hoch der Sozialismus! Hoch der Weltfriede!**

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

## Die neuen Wehrvorlagen im Reichstage.

Ein Jahr ist erst verfloffen, seit der Reichstag eine Wehrvorlage bewilligte, durch welche das deutsche Heer eine Verstärkung von 11 000 Mann, ungeredet die Offiziere und Unteroffiziere, erfahren hat, und wodurch die deutsche Wehrhaftigkeit auf Jahre hinaus gesichert sein sollte, wie damals der preussische Kriegsminister im Reichstage beteuerte, und nun — nachdem die Reichstagswahlen hinter uns liegen! — soll abermals eine Verstärkung des Heeres und der Marine vorgenommen werden, wie sie in Deutschland seit dem Jahre 1871, seit Bestehen des neuen Deutschen Reiches, nur ein einziges Mal zuvor für nötig erachtet worden ist: Die Friedensstärke des Heeres soll nochmals um 29 000 Mann erhöht werden, so daß mit den bereits bewilligten 11 000 Mann, den notwendigen 3000 Unteroffizieren und den 5600 Marinevolkdaten eine Vermehrung von rund 50 000 Köpfen herauskommt. Dazu kommen ein drittes U-Boot-Regiment, Unterseeboote usw. — rund 190 Millionen Mark soll abermals das deutsche Volk jährlich mehr für Heereszwecke aufwenden, obwohl es unter dem Steuerdruck leidet und die dringendsten Kulturaufgaben leidet. Mit großer Spannung wurden deshalb die Verhandlungen des Reichstages über diese ganz ungewöhnlichen Verstärkungen vom Volke erwartet, das zu der Annahme hätte kommen können, die Regierung müsse ganz außerordentlich gewichtige Gründe dafür haben, daß sie diesen recht bedenklichen Schritt unternimmt — das Reich müsse etwa in Gefahr sein. Aber der erste Verhandlungstag gestern im Reichstage brachte nichts als eine große Enttäuschung; die Regierung hat gar keine anderen Gründe für ihre Vorlage, als die allergeringsten Krieger vereins sprachen!

Der Reichstag hat gestern, wie das bei solchen Gelegenheiten stets der Fall ist, das Bild eines „großen Tages“: das Haus war gut besetzt, die Rednertribünen waren überfüllt, vor allem die Diplomatentribüne, und in den Regierungsbänken saßen sich förmlich die Wäpfe der Regierungsdirektoren, Geheimräte, Kommissare, Offiziere, so viele waren erschienen, um sich an dem Eindruck zu laben, den die Plattbeiden des Reichstages und seiner „Nachgeordneten“ auf das hohe Haus machen werden. Wie unser Genosse Haase in seiner Rede nachher treffend sagte, war es nichts anderes als das alte Ritual, das der Reichstanzler benutzte: dieselbe Rede, die jeder Oberleutnant bei der Sedanfeier hält! Es liegt

keine Gefahr vor, es ist kein Grund vorhanden zur Verunsicherung — trotzdem wäre es gewisslos, keine Heeresvermehrung vorzunehmen, denn sonst wäre die Rüstung ja überhaupt zwecklos. Das sind ja nette Aussichten! Und dreißig und gottesfürchtig erklärte der Reichstanzler, dieser Rüstungswahnsinn entspreche der „Stimmung des Volkes“, das also selbst zu diesen Schritten dränge. Und dann kamen die alten Gemeinplätze: Wahrung unserer Stellung, Sicherung unserer Wohlfahrt, künftiges Heer sichere den Frieden — die Junker wurden ganz warm vor „patriotischer“ Begeisterung, wurden ganz warm dem Reichstanzler versichert, daß er in Rücksicht auf ihre patriotische Steuerliebe keine Erbschaftsteuer vorgeschlagen habe. Er will zwar nicht von den Wegen einer „gesunden Finanzpolitik“ abweichen, versicherte Herr von Lehmann-Lothwey; aber die beste Finanzpolitik ist diejenige, die die besten Finanzergebnisse — eine starke Armee! Und wohl jeder, der die Junker, möglichst wenig beitragen müssen. Deutlich war es aus den Worten des Reichstanzlers herauszuhören, daß die Regierung fürchte, die „patriotischen“ Reservisten und das „patriotische“ Zentrum könnten vorlagen, wenn die Kosten der Vorlage durch eine Erbschaftsteuer gedeckt werden sollten. Eine „Einmütigkeit“ sei erforderlich. Der Welt müsse ein neuer Beweis für die Vaterlandsliebe der Nation“ erbracht werden durch eine schnelle und einmütige Bewilligung dessen, was die Regierung fordere — mit Vorkaufsteuer aber läßt sich solche „Vaterlandsliebe“ nicht erzielen!

Wie einer solchen Rede, wie sie der Reichstanzler zu dieser so bedeutungsvollen Vorlage gehalten hat, läßt sich jede und auch die größte Heeresvermehrung alzeit „begründen“. Und mit einer solchen Rücksicht auf die patriotische Steuerliebe der Besitzenden kann es ihm nicht schwer fallen, das Jawort von allen bürgerlichen Parteien zu erhalten und somit die gewünschte „Einmütigkeit“ zu erzielen — von den Sozialdemokraten selbstverständlich abgesehen. Das Mittel, die bürgerlichen Parteien für die Verstärkungen zu gewinnen, hat bereits Herr v. Heering, der preussische Kriegsminister, der nach dem Reichstanzler sprach, verraten: in der Kommission sollen — natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit — „nähere Mitteilungen“ gemacht werden. Auch er versicherte, es bestehe keine Gefahr, niemand bedrohe Deutschland — aber man müsse für eine Mobilmachung gerüstet sein. Und wenn durch die Verstärkung des Heeres für das Vater-

land ein Nutzen erfolgen soll — dann müsse diese schnell erfolgen — obwohl niemand an einen Krieg denke!

Nach dem preussischen Kriegsminister marschierte als dritter von der Regierung Herr v. Tirpitz an das Rednerpult, um auch seine „Gründe“ für die Flottenvorlage vorzubringen. Danach soll die Flottenvorlage nötig geworden sein, um technische Schwierigkeiten zu überwinden, wodurch erst eine sofortige Verwirklichung eines erheblichen Teils der Flottenvermehrungen, die bisher schon vorgenommen worden sind!

Den Schluß im Reigen der Regierungsdirektoren machte der neue Reichsdirektor Dr. Haase, der einen geradezu belustigenden Gierzug vornahm — um die Regierungsvorlagen zu „verharmlosen“, ohne sie zu zerretzen. Wüßte er, daß das erste Erbschaftsteuergesetz ausgearbeitet hat, das Villow zur Finanzreform vorlegen wollte, doch nun nachteiligen, daß keine Erbschaftsteuer nötig sei. Das Reich schwimmt nach ihm heute im Geld, eine Viertel-Milliarde Ueberflüsse hat es im vorigen Jahre gemacht — aber so kam es am Schlusse seiner Rede aus dem gepreßten Herzen hervor: die Finanzlage sei dennoch, keine glänzende, Arrien würden kommen und Sparlosigkeit sei am Plage. Er will die Erbschaftsteuer aufheben für die Zeit der dringendsten Not! Nur jetzt will er sie nicht haben — weil die Junker und das Zentrum sie nicht wollen!

Unser Genosse Dr. Haase, der nun als erster Redner aus dem Hause zum Worte kam, hatte eine dankbare Aufgabe, in einer recht wirkungsvollen Rede alle die Widerbrüche zu zerbröckeln, deren sich die Vertreter der Regierung schuldig gemacht hatten. Nach diesen Erfahrungen, sagte er mit Recht, werde man damit rechnen müssen, daß bald wieder eine neue Wehrvorlage komme. Alles, was die Regierung im vorigen Jahre als ausreichend für den Schutz des Reiches bezeichnete, habe sie in diesem Jahre über den Haufen geworfen. Die Regierung dürfe sich daher nicht wundern, wenn das Volk den Schluß daraus ziehe, daß die Kräfte militärischer Sachverständiger keinen Wert haben! Genosse Haase versicherte, daß auch die Sozialdemokraten bereit seien, Deutschland gegen räuberische Ueberfälle zu schützen; aber diese Rüstungen kämen nur Eroberungsplänen entgegen. Und solange das Heer gegen den „inneren Feind“, gegen die um Verbesserung ihrer Lebenslage ringenden Arbeiter verwendet werde, wie es beim letzten Kohlenarbeiterstreik wieder geschah sei, könne man doch nicht verlangen, daß der Arbeiter Sympathie

Ann  
Zoffen  
mouff  
erinnen  
-G.  
ian's  
ok-Pulver